

## ANTRAG AUF ABSCHLUSS EINES BEITRITTSVERTRAGS

mit der Allianz Vorsorgekasse-AG

Scan per Mail an  
allianz500@vk-service.at

- Erstmöglicher Antrag bei einer Vorsorgekasse
- Wechsel von einer anderen Vorsorgekasse zur Allianz Vorsorgekasse AG  
(Bitte legen Sie in diesem Fall eine Kopie des Kündigungsschreibens an Ihre alte Vorsorgekasse bei.)

Firmenname: \_\_\_\_\_

Firmenbuchnummer: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Telefon/Fax: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Mitarbeiteranzahl: \_\_\_\_\_

Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin: \_\_\_\_\_

- Ich verzichte auf die Übermittlung des Beitrittsvertrages und stimme der elektronischen Übermittlung an meine oben genannte E-Mail-Adresse zu.

Wir geben alle unsere Beitragskontonummern bei der Sozialversicherung sowie den zuständigen Gebiets- bzw. Betriebskrankenkassen bekannt und sagen zu, künftige Änderungen oder Neumeldungen ehestmöglich mitzuteilen.

Beitragskontonummer(n)

Gebiets- bzw. Betriebskrankenkasse(n)

Wir bestätigen, dass die in § 9 BMSVG geforderten Voraussetzungen (Betriebsvereinbarung nach § 97 Abs. 1 Z 1b ArbVG bzw. schriftliche Information der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) erfüllt sind. Die umseitigen Angaben gemäß § 11 Abs. 2 BMSVG habe ich gelesen und zustimmend zur Kenntnis genommen. Diese sind somit Bestandteil meines Antrags.

**Hinweis:** Der beantragte Beitrittsvertrag kommt erst zustande, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Identitätsfeststellung erfolgreich abgeschlossen wurde.

**Folgende Unterlagen sind dem Antrag anzuschließen:**

1. Kopie eines aktuellen amtlichen Lichtbildausweises des/der Zeichnungsberechtigten.
- 2a. Bei Unternehmen mit Firmenbucheintrag: aktueller Firmenbuchauszug
- 2b. Bei Vereinen: aktueller Vereinsregisterauszug

### IDENTITÄTSFESTSTELLUNG GEM. FINANZMARKT-GELDWÄSCHEGESETZ (FM-GWG)

- Das Unternehmen ist eine juristische Person. Folgende Personen sind mit mehr als 25 % am Unternehmen beteiligt bzw. üben mit mehr als 25 % Anteil Kontrolle darüber aus:

Firmenname bzw. Name/Anschrift der natürlichen Personen

- Der/Die Antragsteller bzw. der/die Zeichnungsberechtigte/n einer jur. Person hat/haben ihren Wohnsitz nicht in Österreich.

Name/Anschrift

- Der Firmensitz bzw. der Sitz der zentralen Verwaltung einer jur. Person liegt nicht in Österreich.

Anschrift

- Es wird nicht auf eigene Rechnung bzw. im fremden Auftrag beantragt (Antrag durch Treuhänder, Treuhänderin oder Hausverwaltung):

Name des Treugebers, der Treugeberin oder der Treugeber (von dessen/deren Identität haben wir uns als Treuhänder persönlich überzeugt)

Bitte legen Sie für jeden Treugeber und jede Treugeberin eine Kopie eines aktuellen amtlichen Lichtbildausweises bei.

Bitte legen Sie einen aktuellen Grundbuchauszug bei, wenn der Treugeber, die Treugeberin oder die Treugeber eine Wohnungseigentümergeinschaft und Sie für eine Hausverwaltung tätig sind (Kopie/n des/der aktuellen amtlichen Lichtbildausweise/s des Treugebers, der Treugeberin oder der Treugeber, sowie namentliche Anführung, sind somit hinfällig).

Ort, Datum

Funktion im Unternehmen

Firmenmäßige Zeichnung (Firmenstempel, Unterschrift)

Die Identität des Kunden, die wirtschaftlichen Eigentümer und alle gem. § 6 FM-GwG erforderlichen Angaben wurden geprüft durch:

W-Nr.

W-Name

W-Unterschrift

## ANTRAG AUF ABSCHLUSS EINES BEITRITTSVERTRAGES ZUR SELBSTÄNDIGENVORSORGE

Scan per Mail an  
allianz500@vk-service.at

- Erstmaliger Antrag bei einer Vorsorgekasse  
 Wechsel von einer anderen Vorsorgekasse zur Allianz Vorsorgekasse AG  
 (Bitte legen Sie in diesem Fall eine Kopie des Kündigungsschreibens an Ihre alte Vorsorgekasse bei.)

|   |   |
|---|---|
| Titel/Vorname: _____                                    | Nachname: _____   |
| Firmenname: _____                                       |   |
| Firmenbuchnummer: _____                                 | Straße: _____   |
| PLZ: _____  | Ort: _____  |
| Telefon/Fax: _____                                      | E-Mail: _____   |
| Sozialversicherungsnummer:<br>(VSNR/Geburtsdatum) _____ | <input type="checkbox"/> Ich verzichte auf die Übermittlung des Beitrittsvertrages und stimme der elektronischen Übermittlung an meine oben genannte E-Mail-Adresse zu. |

Ich beantrage den Abschluss eines Beitrittsvertrages gem. § 53 bzw. § 65 BMSVG mit der Allianz Vorsorgekasse Aktiengesellschaft. Sobald ich Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen in mein Unternehmen aufnehme, werde ich die Beitragskontonummer(n) der Allianz Vorsorgekasse melden und somit unterliegen die Dienstnehmer und Dienstnehmerinnen auch diesem Beitrittsvertrag.

### ZUTREFFENDES BITTE ANKREUZEN:

#### Ich unterliege der Pflichtkrankenversicherung in der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und bin:

- Einzelunternehmer oder Einzelunternehmerin mit Gewerbeberechtigung.  
 Gesellschafter oder Gesellschafterin einer Offenen Gesellschaft (Offene Handelsgesellschaft, Offene Erwerbsgesellschaft), die Mitglied in der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) ist.  
 Komplementär oder Komplementärin einer Kommanditgesellschaft (Kommandit-Erwerbsgesellschaft), die Mitglied in der WKO ist.  
 geschäftsführender (handelsrechtlicher) Gesellschafter oder geschäftsführende (handelsrechtliche) Gesellschafterin einer GmbH, die Mitglied in der WKO ist, und in meiner Funktion nicht bereits nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) versichert.  
 sonstige Selbständige oder sonstiger Selbständiger.

#### Ich bin Mitglied bei:

- |   |  |   |
|---|--|---|
| <input type="checkbox"/> der Österreichischen Apothekerkammer | <input type="checkbox"/> einer Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammer | <input type="checkbox"/> einer Rechtsanwaltskammer*           |
| <input type="checkbox"/> einer Notariatskammer                | <input type="checkbox"/> der Österreichischen Patentanwaltskammer          | <input type="checkbox"/> der Österreichischen Zahnärztekammer |
| <input type="checkbox"/> der Österreichischen Tierärztekammer | <input type="checkbox"/> der Kammer für Wirtschaftstreuhänder              | *Bitte verwenden Sie den vorgesehenen Antrag                  |
| <input type="checkbox"/> der Landwirtschaftskammer Österreich | <input type="checkbox"/> einer Ärztekammer*                                |   |

Ich bin:  Freiberuflerin oder Freiberufler und nicht Mitglied einer der angeführten Kammern.

Die umseitigen Angaben gemäß § 53 Abs. 3 bzw. § 65 Abs. 2 BMSVG habe ich gelesen und zustimmend zur Kenntnis genommen. Diese sind somit Bestandteil des Antrages und des Beitrittsvertrages.

**Wir weisen darauf hin, dass, wenn Sie Mitglied einer der oben angeführten Kammern sind, Sie sich freiwillig zu einer Beitragsleistung entschieden haben und aufgrund § 64 Abs. 2 Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz (BMSVG) ein Einstellen, Aussetzen oder Einschränken der Beitragsleistung für die Dauer der Pflichtversicherung oder der Berufsausübung bis zur Inanspruchnahme einer Eigenpension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung oder der Wohlfahrtseinrichtung einer Kammer der freien Berufe nicht zulässig ist.**

**Wichtig: Vorsorgekassen unterliegen den Bestimmungen des Finanzmarkt-Geldwäschegesetzes (FM-GwG) und haben Geldwäscheprüfungen durchzuführen! Gem. § 6 FM-GwG haben wir die Identität des Antragstellers oder der Antragstellerin durch die Beilage einer Kopie eines aktuellen amtlichen Lichtbildausweises festzustellen. Der Beitrittsvertrag kommt somit erst zustande, wenn eine ordnungsgemäße Identitätsfeststellung erfolgreich durchgeführt werden konnte.**

- Ich beantrage auf fremde Rechnung bzw. im fremden Auftrag (Antrag durch Treuhänder oder Treuhänderin).  
 Die Identität des Kunden wurde persönlich überprüft.

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Die Identität des Kunden, die wirtschaftlichen Eigentümer und alle gem. § 6 FM-GwG erforderlichen Angaben wurden geprüft durch:

W-Nr. \_\_\_\_\_ W-Name \_\_\_\_\_ W-Unterschrift \_\_\_\_\_

## Angaben gem. § 11 Abs. 2 und § 53 Abs. 3 bzw. § 65 Abs. 2 BMSVG

### GRUNDSÄTZE DER VERANLAGUNGSPOLITIK

Für die Veranlagung des der Veranlagungsgemeinschaft zugeordneten Vermögens sind sämtliche Veranlagungsformen des § 30 BMSVG zulässig.

Die Kasse hat die Veranlagung im Interesse der Anwartschaftsberechtigten zu führen und vor allem auf die Sicherheit, Rentabilität und den Bedarf an flüssigen Mitteln sowie auf eine angemessene Mischung und Streuung der Vermögenswerte Bedacht zu nehmen.

### KÜNDIGUNG UND EINVERNEHMLICHE BEENDIGUNG DES BEITRITTS- VERTRAGS

Eine Kündigung des Beitrittsvertrags durch den Arbeitgeber, die Arbeitgeberin oder durch die Kasse oder einvernehmliche Beendigung des Beitrittsvertrags ist nur rechtswirksam, wenn die Übertragung der Abfertigungsanwartschaften auf eine andere Kasse sichergestellt ist. Dies wird der Kasse durch eine entsprechende Erklärung seitens der übernehmenden Kasse nachgewiesen.

Die Kündigung oder einvernehmliche Beendigung des Beitrittsvertrags kann rechtswirksam nur für alle von diesem Beitrittsvertrag erfassten Anwartschaftsberechtigten gemeinsam erfolgen.

Die Kündigung oder einvernehmliche Beendigung des Beitrittsvertrags darf nur mit Wirksamkeit zum Bilanzstichtag der Kasse ausgesprochen werden. Die Frist für die Kündigung des Beitrittsvertrags beträgt sechs Monate. Für Beitrittsverträge, die gemäß gesetzlichem Zuweisungsverfahren abgeschlossen wurden, beträgt die Frist für Kündigungen – ab Vertragsabschluss bis zum übernächsten Bilanzstichtag der Kasse – drei Monate. Die einvernehmliche Beendigung des Beitrittsvertrags wird frühestens zu dem Bilanzstichtag der Kasse wirksam, der zumindest drei Monate nach der Vereinbarung der einvernehmlichen Beendigung des Beitrittsvertrags liegt.

### HÖHE DER VERWALTUNGSKOSTEN GEM. § 29 ABS. 2 Z 5 BMSVG

Die Kasse zieht von den hereinkommenden Abfertigungsbeiträgen Verwaltungskosten ab, deren Höhe nach Beitragsjahren gestaffelt ist. Die Beitragsjahre setzen sich aus Zeiten der Zugehörigkeit des Anwartschaftsberechtigten und der Anwartschaftsberechtigten zur Kasse zusammen, wobei Beitragsjahre aus mehreren Dienstverhältnissen nicht zusammengerechnet werden. Dies bedeutet, dass Anwartschaften aus der Mitarbeitervorsorge auch nicht zusammengerechnet werden.

- In den ersten fünf Beitragsjahren betragen die Verwaltungskosten 2,2 %,
- im sechsten bis inklusive dem zehnten Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1,8 %,
- beginnend mit dem elften Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1,5 %.

Die einer übertragenen Altabfertigungsanwartschaft oder einer Übertragung gem. § 12 BMSVG zugrundeliegenden Dienstzeiten werden in der oben angeführten Staffel als Beitragsjahre berücksichtigt. Ist ein Verwaltungskostensatz von 1,5 % erreicht, so erfolgt keine weitere Reduktion mehr.

Für Abfertigungsbeiträge zur Mitarbeitervorsorge, die für die **Kalenderjahre 2015 bis inkl. 2024** geleistet werden, gilt folgende Staffel, wobei sich die Beitragsjahre nach dem zweiten und dritten Satz dieses Punktes bestimmen:

- In den ersten fünf Beitragsjahren betragen die Verwaltungskosten 1,9 %;
- Im sechsten bis inklusive dem zehnten Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1,4 %.
- Beginnend mit dem elften Beitragsjahr betragen die Verwaltungskosten 1 %.

Die einer allfälligen übertragenen Altabfertigungsanwartschaft oder einer Übertragung gem. § 12 BMSVG zugrundeliegenden Dienstzeiten werden in den oben angeführten Staffeln als Beitragsjahre berücksichtigt. Ist ein Verwaltungskostensatz von 1 % erreicht so erfolgt keine weitere Reduktion mehr.

Wird eine Altabfertigungsanwartschaft übertragen (§ 47 BMSVG oder gleichartige österreichische Rechtsvorschriften), so verzichtet die Kasse auf einen Kostenbeitrag hierfür.

Die Kasse verzichtet auf die Verrechnung von Depotgebühren und Bankspesen. Von den Veranlagungserträgen behält die Kasse eine Vergütung für die Vermögensverwaltung ein, die 0,7 % pro Geschäftsjahr des veranlagten Abfertigungsvermögens ausmacht.

Wenn die Veranlagungserträge eines Geschäftsjahres für die Vergütung nicht ausreichen, ist eine Belastung des Abfertigungsvermögens nicht zulässig.

Die Übertragung der Abfertigungsanwartschaft von einer Kasse auf eine andere Kasse sowie die Auszahlung der Abfertigungsanwartschaft hat durch die übertragende und übernehmende oder auszahlende Kasse verwaltungskostenfrei zu erfolgen. Im Zuge der Überweisung oder Auszahlung anfallende Barauslagen wie Bankspesen, Kosten einer Postanweisung oder Ähnliches dürfen jedoch verrechnet und einbehalten werden.

Die gesetzlich vorgesehenen Vergütungen der Sozialversicherungsträger werden nach Maßgabe des BMSVG als Barauslage verrechnet.

### MELDEPFLICHT DES ARBEITGEBERS GEM. BMSVG

Der Arbeitgeber und die Arbeitgeberin sind verpflichtet, der Kasse über alle für das Vertragsverhältnis und für die Verwaltung der Anwartschaft sowie für die Prüfung von Auszahlungsansprüchen maßgebenden Umstände unverzüglich wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen. Die Meldungen sind nach Vorgabe der Kasse zu gestalten und zu übermitteln.

Die Anspruchsprüfung erfolgt ausschließlich auf Grundlage der von den Sozialversicherungsträgern zur Verfügung gestellten Daten.

### ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Streitigkeiten aus diesem Vertrag sind vor dem sachlich zuständigen Gericht in Wien auszutragen. Auf nicht geregelte Punkte finden die entsprechenden österreichischen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere das BMSVG, Anwendung.

Der Antragsteller und die Antragstellerin bestätigen, dass keine Nebenabreden getroffen wurden und dass in diesem Formular alles, was beantragt wurde, auch schriftlich festgehalten wurde. Rechtliche Änderungen, die auf Anordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde oder des Bundesministeriums für Finanzen zu erfolgen haben, entfalten ihre Wirksamkeit auf diesen Vertrag.

Der Antragsteller und die Antragstellerin bzw. deren Treuhänder haften für die vollständige und wahrheitsgemäße Angabe aller gemäß FM-GwG erforderlichen Daten (siehe Vorderseite) und sind verpflichtet, der Kasse alle diesbezüglichen Änderungen während aufrechter Geschäftsbeziehung von sich aus unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

## INFORMATION DER ALLIANZ VORSORGEKASSE AG ZUR DATENVERARBEITUNG NACH DEM FINANZMARKT-GELDWÄSCHEGESETZ (FM-GWG)

Die Allianz Vorsorgekasse AG (im Folgenden Vorsorgekasse genannt) ist als Kreditinstitut durch das Finanzmarkt-Geldwäschegesetz (FM-GwG) im Rahmen ihrer Sorgfaltspflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung dazu verpflichtet, von Personen bei Begründung der Geschäftsbeziehung oder anlässlich einer gelegentlichen Transaktion bestimmte Dokumente und Information einzuholen und aufzubewahren.

Jedes Kreditinstitut hat gemäß FM-GwG u.a. die Identität von Kunden, wirtschaftlichen Eigentümern von Kunden oder allfälligen Treugebern des Kunden festzustellen und zu prüfen, den vom Kunden verfolgten Zweck und die vom Kunden angestrebte Art der Geschäftsbeziehung zu bewerten, Informationen über die Herkunft der eingesetzten Mittel einzuholen und zu prüfen, sowie die Geschäftsbeziehung und die in ihrem Rahmen durchgeführten Transaktionen kontinuierlich zu überwachen. Die Vorsorgekasse hat dazu insbesondere Kopien der erhaltenen Dokumente und Informationen, die für die Erfüllung der beschriebenen Sorgfaltspflichten erforderlich sind und die Transaktionsbelege und -aufzeichnungen, die für die Ermittlung von Transaktionen erforderlich sind, aufzubewahren.

**Das FM-GwG räumt der Vorsorgekasse die gesetzliche Ermächtigung iSd Datenschutzgesetzes (DSG 2000) zur Verwendung der genannten Daten der Kunden im Rahmen der Ausübung der Sorgfaltspflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung** ein, zu denen sie als Kreditinstitut gesetzlich verpflichtet ist und die dem öffentlichen Interesse dienen. Die Datenverarbeitungen im Rahmen der beschriebenen Sorgfaltspflichten beruhen auf einer gesetzlichen Verpflichtung der Vorsorgekasse. Ein Widerspruch des Kunden gegen diese Datenverarbeitungen darf daher von der Vorsorgekasse nicht beachtet werden.

Die Vorsorgekasse hat alle personenbezogenen Daten, die sie ausschließlich auf der Grundlage des FM-GwG für die Zwecke der Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung verarbeitet bzw. gespeichert hat, nach Ablauf einer Aufbewahrungsfrist von 5 Jahren nach Beendigung der Geschäftsbeziehung zu löschen, es sei denn, Vorschriften anderer Bundesgesetze erfordern oder berechtigen zu einer längeren Aufbewahrungsfrist oder die Finanzmarktaufsicht hat längere Aufbewahrungsfristen durch Verordnung festgelegt.

Personenbezogene Daten, die von der Vorsorgekasse ausschließlich auf der Grundlage des FM-GwG für die Zwecke der Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung verarbeitet werden, dürfen nicht in einer Weise weiterverarbeitet werden, die mit diesen Zwecken unvereinbar ist. Diese personenbezogenen Daten dürfen nicht für andere Zwecke, wie beispielsweise für kommerzielle Zwecke, verarbeitet werden.

Stand 01.01.2018

Absender

Empfänger

ergeht per E-Mail

am

**Kündigung Vertrag Nummer:** .....

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist kündige ich als Zeichnungsberechtigter des o.g. Unternehmens gem. § 12 BMSVG den o.g. Beitrittsvertrag mit Wirkung zum nächstmöglichen Bilanzstichtag und ersuche um schriftliche Kündigungs-Bestätigung und Überweisung der bis zu diesem Zeitpunkt erworbenen Abfertigungsanwartschaften an die Allianz Vorsorgekasse gemäß beiliegender Bestätigung.

In Erwartung positiver Erledigung verbleibe ich hochachtungsvoll,

.....

Firmenmäßige Zeichnung

Weiters kündige ich zeitgleich meine Selbständigenvorsorge und ersuche um Durchführung wie oben.

.....

persönliche Unterschrift

**Beilage:**

Nachweis gem. § 12 Abs. 1 BMSVG über den Vertragsabschluss mit der Allianz Vorsorgekasse AG